

# Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Emsdetten 28./29. Mai 2011

AntragstellerIn: **LAG Frauen**

TO-Gegenstand: - Paritätsgesetz



Antrags-Nr.:

## Beschluss

### Parité statt Fraternité – Ein Paritätsgesetz für NRW!

Bündnis 90/die Grünen besetzen ihre Ämter und Mandate schon seit 25 Jahren mindestens zur Hälfte mit Frauen. Durch unsere Quotenregelung entstand auch bei den anderen Parteien über die Jahre der Druck, ähnliche Regelungen einzuführen. Sogar die CSU sah sich Anfang dieses Jahres gezwungen, erstmalig auch eine Quote für ihre Spitzenämter einzuführen. Und auch die Liberalen Frauen fordern neuerdings eine Quote in der FDP.

Damit sind wir Grüne Motor der Geschlechterdemokratie in Deutschland. Wir sind Vorbild und wir sind das Original. Das weibliche Gesicht der Demokratie ist grün. Grün ist auch die Verteilung von Macht und Verantwortung auf mehrere Schultern. Die letzten Wahlen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg zeigten wieder einmal, dass es immer noch eine höhere Attraktivität für Frauen gibt, uns zu wählen als für Männer. Frauen entscheiden für Grüne immer noch Wahlen! Dieses Alleinstellungsmerkmal begleitet uns seit Gründungszeiten.

Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Denn wir haben durch unser Verständnis von vielfältiger Politik auch einen Auftrag, der über unsere parteiinternen Strukturen hinaus reicht. Gleichberechtigte Teilhabe muss in der gesamten politischen Landschaft möglich sein. Dazu gehören alle politischen Parteien und insbesondere auch unsere Parlamente, deren Abgeordnete die gesamte Gesellschaft vertreten sollen.

Auch unsere Partei leidet darunter, dass viele Frauen sich mit ihrem Willen zum Engagement nicht an die politischen Parteien wenden. Denn gerade in den letzten Jahren leidet der Ruf der Parteipolitik sehr. Die Wählerinnen und Wähler bemängeln fehlende inhaltliche Auseinandersetzung, intransparente Strukturen und Postenvergabe, reines Machtgerangel und eine fehlende offene Debattenkultur. Parteipolitik ist sehr häufig geprägt von eingefahrenen und unflexiblen Strukturen, informellen Entscheidungswegen und familienunfreundlichen Rahmenbedingungen. Eine Kultur der Wertschätzung und des Bewusstseins unterschiedlicher Lebensumstände setzt sich erst durch, wenn sich das Gesicht der politischen Partizipation generell ändert. Wir sind darauf angewiesen, dass sich der Anteil von Frauen bei den grünen Mitgliedern, der derzeit bei stagnierenden 38% Prozent liegt, erhöht. Wir brauchen sie alle. Die jungen Frauen, die Lesben, die Frauen in Familienphase, die Alleinerziehenden, die Frauen mit Berufserfahrung, die Selbständigen, die Frauen mit Lebenserfahrung, die Frauen mit Migrationsgeschichte und viele mehr.

Nur wenn wir Parteien für all diese Frauen attraktiv machen und Zugangsbarrieren aus dem Weg räumen sowie eingefahrene Wege der Meinungsbildung verlassen, haben wir die Chance für alle Schichten der Bevölkerung, Parteipolitik als Möglichkeit der lebendigen Mitwirkung und der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen aufzuwerten.

Da auch für politische Entscheidungsprozesse gilt, dass sie erfolgreicher und nachhaltiger sind je höher der Grad der Mitwirkung unterschiedlichster Menschen ist, ist es für Bündnis 90/die Grünen selbstverständlich, dass nicht nur in unserer Partei die Repräsentanz von 52% der Bevölkerung erreicht werden soll. Die Zeit ist reif, endlich unser Erfolgsmodell der Mindestquotierung auch für unser Wahlsystem insgesamt zu fordern.

Frauen stellen zwar die Mehrheit der Wahlberechtigten, sind derzeit aber weder im Bundestag noch im Landtag oder den kommunalen Gremien entsprechend repräsentiert. Im Landtag Nordrhein-Westfalen sind gerade einmal 28 Prozent der Abgeordneten weiblich. Damit ist die gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen an der politischen Willensbildung und Herrschaftsausübung nicht gewährleistet.

Auf EU Ebene verbesserte sich der Frauenanteil im Europäischen Parlament von 30% in 2004 auf 35% in 2009. Leider gab es in den Parlamenten der Nationalstaaten im selben Zeitraum nur einen Anstieg von 21% auf 23%. Im weltweiten Ranking steht das deutsche Parlament auf Platz 18. Vor uns sind natürlich die nordischen Staaten, Niederlande und Spanien, aber auch Länder wie Südafrika, Argentinien, Mozambique und Nepal liegen vor uns. Die Notwendigkeit hier besser zu werden, liegt damit auf der Hand.

Die Parlamente unserer Nachbarländer Belgien und Frankreich hatten früher einen ähnlich geringen Frauenanteil, bis 1994 bzw. 2000 sogenannte Paritäts-Gesetze beschlossen wurden, die für eine geschlechterparitätische Verteilung der Mandate sorgen. In Belgien erhöhte sich der Anteil der weiblichen Abgeordneten nach mehreren Gesetzesverbesserungen innerhalb von zehn Jahren von 23,3% in 1999 auf knapp 40% in 2009. In Frankreich liegt die Bilanz 2000-2010 bei 47,6% weiblicher Abgeordneter in den Regionalparlamenten, bei 48,5 % in den Kommunalparlamenten und bei 44,4% im Europaparlament.

Die gleiche Verteilung von Mandaten auf Frauen und Männer ist in Deutschland verfassungsrechtlich geboten: Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz fordert den Staat auf, „die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken“. Ein Paritätsgesetz schränkt weder die Parteienfreiheit gem. Artikel 21 Grundgesetz ein noch werden die Wahlrechtsgrundsätze gem. Artikel 38 Grundgesetz verletzt. Diese würden durch ein Paritätsgesetz vielmehr ausgestaltet werden. Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigten Gesetze.

Wir haben zudem den Vorteil, dass bereits Erfahrungen aus anderen Ländern wie Frankreich, Norwegen und Belgien vorliegen und dass auch in der EU darauf gedrängt wird, die Repräsentanz von Frauen in politischen Ämtern in den Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren stark zu erhöhen. Deutschland darf nicht darauf warten, bis es von der europäischen Kommission aufgefordert wird.

Deshalb müssen wir Grüne uns an die Spitze der Bewegung stellen und in NRW als erstem Bundesland die Wahlgesetze ändern, bevor die EU Tatsachen schafft.

**Der Landesverband fordert die Landtagsfraktion auf, noch in der laufenden Legislaturperiode Vorschläge zu erarbeiten, wie ein Paritäts-Gesetz in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden kann, damit der Frauenanteil im Landtag ebenso wie in den kommunalen Vertretungen deutlich erhöht wird.**